

Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2014-09-01

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter/in: Fraktion DIE LINKE
Telefon: (03 85) 5 45 29 57

Antrag Drucksache Nr.

00066/2014

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Perspektiven für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit schaffen

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung schließt sich der Auffassung des Deutschen Städtetages an, der in der drohenden Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit und den damit verbundenen sozialen Folgen eine der wichtigsten Herausforderungen für die Kommunen sieht.

Sie fordert die Oberbürgermeisterin auf, sich im Präsidium des Deutschen Städtetages und an anderer geeigneter Stelle dafür einzusetzen, dass es auch zukünftig Möglichkeiten öffentlich -geförderter Beschäftigung gibt. Zudem soll die Verwaltung auch zukünftig die Möglichkeiten von ESF - finanzierten und anderen Bundesprogrammen nutzen, um auf kommunaler Ebene einen Beitrag zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zu leisten.

Begründung

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Kommunen halten es für nötig, dass die Langzeitarbeitslosigkeit stärker bekämpft wird. Das machten BA, Deutscher Städtetag und Deutscher Landkreistag bereits im März 2014 in Berlin deutlich. Hintergrund ist die statische Entwicklung bei den von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen. Deshalb forderte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus von der neuen Bundesregierung eine Offensive zur besseren Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, da die Jobcenter sich zwar engagieren, aber an Grenzen stoßen würden. Aus Sicht der Kommunen seien mehr Finanzmittel des Bundes und eine Weiterentwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung notwendig. Die Städte würden darin einen echten Beitrag zur Integration, eine Hilfestellung bei der Annäherung an den ersten Arbeitsmarkt bzw. ein dauerhaftes Beschäftigungsangebot für Menschen sehen, die mit den bestehenden Fördermitteln und Instrumenten nicht erreicht werden.

Im August 2014 waren in Schwerin 5.362 Bürgerinnen und Bürger arbeitslos. Davon entfielen 4.277 auf den Rechtskreis SGB II. Dies zeigt, dass der größte Teil schon längere Zeit von Arbeitslosigkeit betroffenen ist. Der Wegfall des Bundesprogramms Bürgerarbeit

wird in Schwerin zum Wegfall von mehr als 100 geförderten Arbeitsplätzen, z.B. beim Integrationsbeauftragten, beim DKSB, beim ALV, bei Sportvereinen, im Tafelgarten oder in Nachbarschaftstreffen, führen. Da auch die Möglichkeiten zum Einsatz von Arbeitsgelegenheiten beschränkt sind, gibt es keine adäquate Ersatzmöglichkeit. Es ist also auch im Interesse der Landeshauptstadt sich dafür zu engagieren, dass es zukünftig wieder Möglichkeiten öffentlich geförderter Beschäftigung gibt. Anders als die Bürgerarbeit wird das ESF - Bundesprogramm „**Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)**“ auch 2014 - 2020 fortgesetzt. Es bietet die Möglichkeit, in städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligten Stadtquartieren einen Beitrag zur Verbesserung der Perspektiven für die Bewohner zu leisten. Neben der Integration von über 27-jährigen Personen in Arbeit und Ausbildung soll auch ein Mehrwert für das jeweilige Stadtquartier geschaffen werden. Die Beteiligung am Interessenbekundungsverfahren ist daher zu begrüßen.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Henning Foerster
Fraktionsvorsitzender